



Projekt	PSP-Element	Aufgabe	UA	IM	MP	Rev.
9A	65221000	DA	BW	0793	00	

B2781525

Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit, Willy-Brandt-Straße 5, 38226 Salzgitter

Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH  
Willy-Brandt-Straße 5

38226 Salzgitter

Ihre Nachricht: SE 6.1 - 9A/65221000 2 -2017 #0023

Mein Zeichen: KE 5 - 9A 9160/2-679

Datum: 05.12.2017

TEL +49 3018 333

FAX +49 3018 333

✉ info@bfe.bund.de

info@bfe.de-mail.de

www.bfe.bund.de

### Schachtanlage Asse II

Zustimmung zur Mitteilung zur Änderung 023/2017 „Einrichten eines Überwachungsbereiches im Bereich der Monitoringbohrung SV-750-21.2.2 zwischen der 679-m-Sohle und der 700-m-Sohle“

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihren Antrag vom 21.08.2017 /1/ erteile ich folgenden Bescheid:

#### I. Entscheidung

Hiermit stimme ich der Mitteilung zur Änderung (MzÄ) 023/2017 „Einrichten eines Überwachungsbereiches im Bereich der Monitoringbohrung SV-750-21.2.2 zwischen der 679-m-Sohle und der 700-m-Sohle“ unter Auflagen (II.) zu.

Die Antragstellerin trägt die Kosten des Verfahrens.

Dieser Entscheidung liegen folgende Unterlagen zugrunde:

- /1/ BGE/SE 6.1, Az. SE 6.1 - 9A/65221000 2 -2017 #0023, Schachtanlage Asse II, Übergabe Mitteilung zur Änderung 023/2017, vom 21.08.2017.
- /2/ BGE/SE 6.1, Mitteilung zur Änderung, BGE-KZL 9A/65221000/DA/AY/1283/00, Stand 03.08.2017, vorgelegt mit /1/.



Seite 2 zum Bescheid KE 5 - 9A 9160/2-679 vom 05.12.2017

- /3/ Asse-GmbH, Mitteilung zur Änderung 023/2017, BGE-KZL 9A/65221000/DA/BE/2047/00, Asse-KZL 9A/65221000/GEH/DA/EE/0598/00, Stand 04.07.2017, mit Anhang, vorgelegt mit /1/.
- /4/ Asse-GmbH, Wetterführungs- und Feuerlöschplan der Schachtanlage Asse II, BGE-KZL 9A/62240000/GV/WF/0001/04, Asse-KZL 9A/65200000/RWN/NC/RV/0001/03, Stand 19.06.2017.
- /5/ Asse-GmbH, Anlage 1 zum Wetterführungs- und Feuerlöschplan der Schachtanlage Asse II, BfS-KZL 9A/62240000/GV/WF/0003/01, Asse-KZL 9A/65220000/GEH/DA/ER/0036/01, Stand 26.05.2016.
- /6/ BfS, Anlage 1 zur Strahlenschutzordnung der Schachtanlage Asse II – Strahlenschutzbereiche, Verdachtsflächen und Einlagerungsbereiche in der Schachtanlage Asse II, BfS-KZL 9A/65210000/LRAWA/0002/01, Stand 14.12.2016.
- /7/ Genehmigungsbescheid für die Schachtanlage Asse II – Bescheid 1/2010 – für den Umgang mit radioaktiven Stoffen gem. § 7 StrlSchV des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz (NMU), vom 08.07.2010.
- /8/ Genehmigungsbescheid für die Schachtanlage Asse II – Bescheid 1/2011 – für den Umgang mit Kernbrennstoffen gem. § 9 AtG des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt und Klimaschutz (NMU), vom 21.04.2011.
- /9/ Vorgehen bei Änderungen – Schachtanlage Asse II – Qualitätsmanagementverfahrensanweisung QMV 04.3, BfS-KZL 9X/115200/CA/JH/0036/02, Stand 11.08.2014.
- /10/ BfE/KE 5, E-Mail an BGE/avP Asse, Betreff „Schachtanlage Asse II: MzÄ 023/2017“, vom 31.08.2017.
- /11/ BGE/SE 6.1, E-Mail an BfE/KE 5, Betreff „Stellungnahme MzÄ 023/2017“, mit Anhang, vom 05.09.2017.
- /12/ BfE/KE 5, E-Mail an BGE/avP Asse, Betreff „Re: Stellungnahme MzÄ 023/2017“, vom 04.10.2017.
- /13/ BGE/SE 6.1, E-Mail an BfE/KE 5, Betreff „Re: Stellungnahme MzÄ 023/2017“, vom 09.10.2017.
- /14/ BfS, Strahlenschutzordnung der Schachtanlage Asse II, BfS-KZL 9A/65210000/LRA/JD/0001/04, Stand 22.01.2015

## **II. Auflagen**

1. Beginn und Ende der Arbeiten sind der atomrechtlichen Aufsicht rechtzeitig mitzuteilen.
2. Die Unterlage „Anlage 1 zur Strahlenschutzordnung der Schachtanlage Asse II – Strahlenschutzbereiche, Verdachtsflächen und Einlagerungsbereiche in der Schachtanlage Asse II“ /6/ ist zu aktualisieren und der atomrechtlichen Aufsicht bis 01.02.2018 zur Zustimmung gemäß /9/ vorzulegen.

## **III. Hinweise**

1. Die aktualisierte Unterlage „Wetterführungs- und Feuerlöschplan der Schachtanlage Asse II“ ist der atomrechtlichen Aufsicht gemäß /5/ zum 01.02. bzw. 01.08. eines Jahres vorzulegen.
2. Zu gegebener Zeit wird die atomrechtliche Aufsicht eine Konkretisierung der QMV 04.3 /9/ hinsichtlich des Erfordernisses der gleichzeitigen Vorlage einer Genehmigungsunterlage bei beantragter Änderung dieser Genehmigungsunterlage veranlassen.
3. Die atomrechtliche Aufsicht beabsichtigt zu prüfen, wie seitens BGE und Asse-GmbH sichergestellt wird, dass die Unterlagen des Änderungsverfahrens bis zur Aktualisierung der Unterlage „Anlage 1 zur Strahlenschutzordnung der Schachtanlage Asse II – Strahlenschutzbereiche, Verdachtsflächen und Einlagerungsbereiche in der Schachtanlage Asse II“ /6/ bei allen folgenden Sachverhalten berücksichtigt werden.

## **IV. Begründung**

Mit Schreiben /1/ bat der Betreiber um Zustimmung zur Mitteilung zur Änderung 023/2017 /2, 3/.

Gemäß Kapitel 1 in /3/ soll auf der 679-m-Sohle die Nische mit dem Ansatzpunkt der Monitoringbohrung SV-750-21.2.2 als Überwachungsbereich ausgewiesen werden.



Gemäß Auflage 12 des Genehmigungsbescheides 1/2011 /8/ ist der Wetterführungs- und Löschplan der Schachtanlage Asse II dem atomrechtlichen Änderungsverfahren für Genehmigungsunterlagen zu unterziehen. Bei strahlenschutzrelevanten Änderungen des Wetterführungs- und Löschplans ist dieser dem Bundesamt für Strahlenschutz in seiner Funktion als Endlagerüberwachung zur Prüfung und Zustimmung vorzulegen. Änderungen des Wetterführungs- und Löschplans ohne Strahlenschutzrelevanz sind dem Bundesamt für Strahlenschutz in seiner Funktion als Endlagerüberwachung anzuzeigen.

Gemäß Anlage 1 zum Wetterführungs- und Feuerlöschplan /5/ ist der Plan der atomrechtlichen Aufsicht zum 01.02. und zum 01.08. eines Jahres vorzulegen. Zudem konkretisiert Anlage 1 des Wetterführungs- und Feuerlöschplan /5/ hinsichtlich der Verfahrensart bei Mitteilungen zur Änderung, die den Wetterführungs- und Feuerlöschplan betreffen. Demnach ist bei Hinzufügen eines Strahlenschutzbereichs ein Zustimmungsverfahren durchzuführen.

In der Genehmigungsunterlage „Anlage 1 zur Strahlenschutzordnung der Schachtanlage Asse II – Strahlenschutzbereiche, Verdachtsflächen und Einlagerungsbereiche in der Schachtanlage Asse II“ /6/ werden u.a. die Strahlenschutzbereiche der Schachtanlage Asse II benannt.

Gemäß Genehmigungsunterlage „Strahlenschutzordnung der Schachtanlage Asse II“ /14/ ist bei dauerhafter Einrichtung eines Überwachungsbereiches ein Änderungsverfahren durchzuführen.

Nach §§ 23d Nr. 2 i.V.m. 19 Abs. 5 AtG ist das BfE als atomrechtliche Aufsichtsbehörde zuständig für die Aufsicht über Anlagen des Bundes nach § 9a Abs. 3 Satz 1 AtG und die Schachtanlage Asse. Ihr obliegt damit als Nachfolger der Endlagerüberwachung des BfS die Prüfung der Einhaltung der atom- bzw. strahlenschutzrechtlichen Genehmigungen sowie der geltenden Erlasse.

Die Antragstellerin führt in Kapitel 3 „Betrachtung der Maßnahme hinsichtlich der Genehmigung einschließlich anderer Änderungen“ der MzÄ /3/ aus, dass im Wetterführungs- und Feuerlöschplan der Schachtanlage Asse II /4/ sowie in der Anlage 1 zur Strahlenschutzordnung der Schachtanlage Asse II /6/ bei der nächsten Revision eine entsprechende Anpassung vorgenommen werden müsse.

In Kapitel 4 „Begründung der Voreinstufung der Verfahrensart und ggf. der QSB-Einstufung von Anlagenteilen, Systemen und Komponenten (ASK)“

von /3/ führt der Antragsteller aus, das gemäß QMV 04.3 /9/ und Auflage 30 der Genehmigung 1/2010 /7/ ein Zustimmungsverfahren durchzuführen sei, da Änderungen an einer Genehmigungsunterlage vorgenommen werden sollen.

Gemäß Kapitel 6.1.4 der QMV 04.3 /9/ ist bei Änderungen an Genehmigungsunterlagen ein Zustimmungsverfahren durchzuführen.

Mit Schreiben /10, 12/ forderte ich die Antragsstellerin auf, die geänderte Unterlage „Anlage 1 zur Strahlenschutzordnung der Schachtanlage Asse II – Strahlenschutzbereiche, Verdachtsflächen und Einlagerungsbereiche in der der Schachtanlage Asse II“ mit der MzÄ /2, 3/ vorzulegen.

In Schreiben /12/ erläuterte ich, dass lediglich bei unwesentlichen Veränderungen an Anlagenteilen, Systemen, Komponenten (ASK), die in den QSB 2 bzw. 3 eingestuft, die Möglichkeit bestünde, diese Veränderungen nach Anzeige bei der atomrechtlichen Aufsicht bzw. nach deren Zustimmung "in der Praxis" umzusetzen und die Genehmigungsunterlage nachfolgend in einem gesonderten Zustimmungsverfahren zu aktualisieren.

Der Betreiber führte in /11, 13/ an, dass der MzÄ auch ohne Vorlage der revidierten Unterlage zugestimmt werden könne. Seine Vorgehensweise stünde im Einklang mit folgender Formulierung aus der QMV 04.3 /9/: „Alle von der Änderung oder Veränderung betroffenen Dokumente werden rechtzeitig vom Genehmigungsinhaber aktualisiert. Bis zur Aktualisierung der Dokumente gelten die Unterlagen des Änderungsverfahrens als Ergänzung der Genehmigungsunterlagen bzw. des strahlenschutzrelevanten betrieblichen Regelwerks mit und müssen bei allen folgenden Sachverhalten berücksichtigt werden.“

Mit /13/ bat der Betreiber um erneute Prüfung hinsichtlich der Frage der gleichzeitig mit der MzÄ erforderlichen Vorlage der zu ändernden Unterlage.

Gleichwohl ich die oben dargestellte Auffassung des Betreibers nicht teile, stimme ich der Mitteilung zur Änderung 023/2017 ohne Vorlage der revidierten Genehmigungsunterlage zu, da diesbezüglich eine eindeutige Regelung in der QMV 04.3 /9/ fehlt. Daher gebe ich Hinweis Nr. 2.

Es liegt eine Veränderung des atom- bzw. strahlenschutzrechtlich genehmigten Umgangs mit radioaktiven Stoffen vor, weil der neue Zustand vom in der Genehmigungsunterlage festgelegten Umfang abweicht. Diese Veränderung stuft ich jedoch nicht als wesentlich ein.



Seite 6 zum Bescheid KE 5 - 9A 9160/2-679 vom 05.12.2017

Die Auflage 1 dient dazu, dass die atomrechtliche Aufsicht über die laufenden Arbeiten informiert ist.

Die Unterlage „Anlage 1 zur Strahlenschutzordnung der Schachtanlage Asse II – Strahlenschutzbereiche, Verdachtsflächen und Einlagerungsbereiche in der Schachtanlage Asse II“ /6/ ist zu revidieren, damit die Inhalte der Genehmigungsunterlagen miteinander im Einklang stehen und der Zustand der Grube in /6/ abgebildet ist. Daher wird Auflage 2 erlassen.

#### **V. Kosten**

Die Kostenentscheidung beruht auf § 21 Abs. 1 Nr. 5, Abs. 3 AtG i. V. m. §§ 1 und 2 Satz 1 Nrn. 2 und 7 AtKostV. Hierzu ergeht ein gesonderter Kostenfestsetzungsbescheid.

#### **VI. Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit, Krausenstraße 17 - 18, 10117 Berlin oder am zweiten Dienstsitz, Willy-Brandt-Straße 5, 38226 Salzgitter erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag